

# „Woher sollen die Käufer kommen?“

**GGG STROMBERG** CDU-Fraktion kritisiert das Rettungskonzept der VG-Bürgermeisterin Anke Denker

**VG STROMBERG** (red). „Es ist durchaus als sportlich zu bewerten, eine Neuverschuldung von rund 3,5 Millionen Euro als großen Erfolg zu verkaufen, betrachtet man doch, dass das Gesamtbudget der Verbandsgemeinde pro Jahr derzeit bei rund sechs Millionen Euro liegt“, teilt Helmut Höning, Fraktionsvorsitzender der CDU im Stromberger Verbandsgemeinderat in einem Schreiben mit und bezieht sich damit auf die Vorgänge bei der Gesellschaft für Gewerbeansiedlung Verbandsgemeinde Stromberg (GGG, AZ berichtete mehrfach).

Dabei bleibe der Blick über das kommende Jahr hinaus jedoch aus. Es sei keineswegs damit zu rechnen, dass durch rasche Grundstücksverkäufe

die Zeche wieder reingeholt werde, wie es die Zahlen des Wirtschaftsprüfungsbüros darstellen wollten. „Wo sollen denn heute die Grundstücks-käufer herkommen, die in den vergangenen Jahren ferngeblieben sind?“, fragt Höning.

## Alternatives Konzept

Daher dränge sich auch weiterhin der CDU-Fraktion im Verbandsgemeinderat die Frage auf, was an dem Konzept zu loben sei. Schon im Vorfeld zu der öffentlichen Sitzung des Verbandsgemeinderates habe die CDU ein alternatives Konzept entwickelt, welches den Schaden minimieren und auf mehrere Schultern, nämlich auf denen der VG und der Ortsgemeinde Waldlaubersheim, verteilen

solle. „So bleibt der VG-Haushalt – mit Ausnahme des Kredites bei den Werken – unbelastet. Das führt zu einer nachhaltigen Sicherung der Leistungskraft der VG und somit der Ortsgemeinden und der Bürgerinnen und Bürger“, betont Höning in seinem Schreiben. Wer davon ausgehe, dass die Verbandsgemeinde ohne eine Umlagerhöhung diese 3,5 Millionen Euro abtrotten könne, sei naiv. Somit zahlten am Ende alle die Zeche.

## Besondere Verantwortung

„Und Waldlaubersheim? Die Gemeinde hat durch den Beginn und die Entwicklung des Gewerbegebietes eine Sonderrolle und eine besondere Verantwortung“, heißt es weiter.

Diese sei einst vertraglich begründet worden. Augenblicklich schein es für die Gemeinde günstiger zu sein, immerhin spare man sich einen Kredit. „Jedoch haben einst die Väter des Gewerbegebietes vereinbart, dass VG und Ortsgemeinde Waldlaubersheim am Ende aller Tage ein mögliches Restdefizit tragen“, erläutert der Fraktionsvorsitzende. Vor einigen Jahren seien Summen zwischen 750 000 und eine Million Euro in den Raum geworfen worden, um die Waldlaubersheim einst seine Verantwortung zu tragen haben könnte.

„Wie hätte Waldlaubersheim die Kredite ableisten sollen?“, fragt Höning. Durch Unterstützungen der VG, die Mehreinnahmen der Vergnügungssteuer und Anteile der Grund-

stückserlöse über die kommenden Jahre an Waldlaubersheim überlassen würden.

Und nun heiße es Ausbaden für die gesamte Verbandsgemeinde und alle Ortsgemeinden! Dies führe unweigerlich zu Einschnitten in den nächsten Jahrzehnten, weil Mittel für andere Investitionen noch besser überlegt werden müssen.

Für Denker hingegen seien die Probleme vom Tisch. Eine Stellungnahme der SPD-Ratsfraktion, das Konzept der CDU sei eine zukünftige Möglichkeit, man müsse aber zunächst über das aktuelle Problem beschließen, lasse den Weitblick vermissen. „Wenn nicht der VG-Rat, wer sonst sollte schon heute die Weichen für die Zukunft stellen?“, so Höning.